

Nr. 17/16 vom 24.11.2017

Verbändereihe 2017

## **Koalitionsverhandlungen 2017/2018 – Erwartungen der Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) an die Energie- und Klimapolitik der neuen Bundesregierung**

Berlin. Die Finanzierung der Förderung von zukünftig zu bauenden erneuerbaren Energien Anlagen müsse über den Bundeshaushalt erfolgen, um die Kosten für die energieintensive Industrie und weiterer Wirtschaftszweige in Deutschland nicht weiter ansteigen zu lassen. Außerdem müsse sich eine neue Bundesregierung für Planungs- und Versorgungssicherheit, sowie für den Erhalt der Entlastungsregelungen einsetzen, forderten Franziska Erdle und Dr. Utz Tillmann im Rahmen der Verbändereihe 2017 am 20. November 2017 beim Forum für Zukunftsenergien e.V.

Die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID), die den industriellen Kern der deutschen Volkswirtschaft bildeten, schulterten den Energie- und Treibhausrucksack für viele nachfolgende Produktionsstufen betonte Dr. Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verband der Chemischen Industrie e.V. und dennoch hätten sie außerordentliche Erfolge bei der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes vorzuweisen. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen seien von 1990 bis 2014 um 32 % zurückgegangen, bei einer gleichzeitigen Steigerung der Produktion um 46 %.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Energieintensiven Industrien in Deutschland und ihre 825.000 Arbeitsplätze dürften von der Politik nicht durch zu hohe nationale Energiepreise gefährdet werden. Insbesondere durch den zukünftigen Zubau der erneuerbaren Energien und den damit einhergehenden Kosten sei das aber zu befürchten – jedenfalls soweit das Umlagesystem des EEG nicht geändert werde. Die Vertreter der EID unterbreiteten den Vorschlag, das bisherige System der EEG-Umlage sobald als möglich zu beenden und die Finanzierung der Förderung zukünftig gebauter Anlagen über den Bundeshaushalt zu ermöglichen. Wobei die Finanzierung der Förderung der bereits installierten Anlagen wie bisher bis zum Auslaufen in ca. 20 Jahren erfolgen sollte. Hiervon erhofften sich die EID vor allem eine effektivere Kostensteuerung und -begrenzung, da in diesem Falle der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages das Kontrollgremium sei und darauf achten würde, dass es eine optimale Synchronisation zwischen dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem des Netzes gäbe. Außerdem hätte der Haushaltsausschuss die Möglichkeit, die Kosteneffizienz insgesamt zum Maßstab der Vergütung zu machen. Vor einer Doppelregulierung durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung, zusätzlich zum EU ETS warnte Dr. Tillmann ausdrücklich.

Die sogenannten Entlastungsregelungen für die Industrie hätten die Aufgabe, die energiepolitisch bedingten Belastungen zu begrenzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EID zu bewahren, betonte die Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V., Franziska Erdle. Dieses Reglement sei aufgrund der partiellen Abhängigkeit von der Zustimmung der Europäischen Kommission und der zeitlichen Befristung einiger Bestimmungen sehr fragil und komplex. Erdle forderte deshalb von einer neuen Bundesregierung ein Belastungsmoratorium und langfristig stabile energiepolitische Rahmenbedingungen. Nur so würden Investitionen in innovative und für den Erfolg der Energiewende unabdingbare Technologien getätigt werden. Mit Blick auf den diskutierten Kohleausstieg forderte sie, dass die Konsequenzen hinsichtlich der

Versorgungssicherheit nach 2020 und steigender Kosten berücksichtigt werden müssen. Sie plädierte dafür, den Klimaschutz global zu forcieren und nicht in nationalen Unilateralismus zu verfallen. Auch bezüglich der EU ETS Reform sei Vorsicht geboten. Die Lenkungswirkung entfalte sich durch die jährlich neu festgesetzte Begrenzung der in der EU zur Verfügung stehenden Zertifikate. Die angestrebte Preiserhöhung würde das Instrument deshalb nicht zwingend verbessern. Besonders wichtig für die Energieintensiven Industrien in Deutschland sei die Kompensation der indirekten Kosten.

Die Präsentation von Franziska Erdle und Dr. Utz Tillmann steht in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

Das Forum für Zukunftsenergien e.V. bedankt sich bei den Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) für die Unterstützung sowie bei der Deutsche Bank AG für die Gastfreundschaft.

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

#### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)